



Presseschau vom 09.01.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen [aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot](#) ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und [ukrainische Quellen in Blau](#) ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen [aus Sozialen Netzwerken](#) sind [violett](#) gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: **Ukrainischer Botschafter kündigt Ankunft von Nato-Schiffsverband im Schwarzen Meer an**

Nach dem US-Docklandungsschiff USS Fort McHenry sollen weitere Nato-Schiffe im Schwarzen Meer eintreffen. Dies kündigte der ukrainische Nato-Botschafter Wadim Pristajko am Dienstag an.

Die USS Fort McHenry war am Sonntag durch die Dardanellen gefahren und alsbald von der russischen Fregatte Pytliwy „ins Visier“ genommen worden. Dem US-Schiff soll nun eine Nato-Schiffsgruppe folgen, wie der ukrainische Nato-Botschafter Wadim Pristajko am Dienstag mitteilte.

„Es gibt ständige Gruppen. Die Niederlande haben bei einer davon gerade erst die Führung übernommen. Sie werden ebenfalls ins Schwarze Meer kommen“, sagte Pristajko dem ukrainischen Sender „112 Ukraina“.

Dass die Nato-Schiffe durch die von Russland kontrollierte Meerenge von Kertsch ins Asowsche Meer fahren würden, hält Pristajko für unwahrscheinlich. „Ich sehe keinen Grund, warum die Nato Russland provozieren sollte“, sagte der Botschafter. Einen genauen Zeitpunkt nannte er nicht. Auch zur Zusammensetzung der Gruppe machte Pristajko keine Angaben. Er konstatierte dass die Nato immer öfter Schiffe ins Schwarze Meer entsende. Eine massive Präsenz des westlichen Bündnisses sei allerdings durch den Vertrag von Montreux untersagt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32320/62/323206253.jpg>

de.sputniknews.com: **Russische Botschaft: Skripals in Großbritannien gewaltsam festgehalten**

Entgegen der Informationen der Zeitung „The Telegraph“ geht die russische Botschaft in London nach wie vor davon aus, dass der ehemalige Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia, die im März angeblich Opfer eines Giftanschlags geworden sind, in Großbritannien gewaltsam festgehalten werden.

Die russische Botschaft Russlands in London hat den britischen Behörden abermals vorgeworfen, den ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal und seine Tochter Julia gewaltsam festzuhalten.

Gegenteilige Informationen der Zeitung „The Telegraph“, laut denen sich die Skripals zehn Monate nach der angeblichen Vergiftung äußerlich stark verändert haben und nun im südlichen England leben sollen, seien nichts weiter als „nicht verifizierbare Mutmaßungen“, erklärte die Botschaft am Dienstag.

Auch den Angaben, laut denen Julia Skripal einen mit ihren Russischkenntnissen verbundenen Job bekommen haben und Kontakte zu Angehörigen und Freunden unterhalten soll, ist nach Einschätzung der Botschaft nicht zu trauen.

„In Wirklichkeit hat Sergej Skripals betagte Mutter in den vergangenen Monaten keine Gelegenheit gehabt, mit ihrem Sohn oder mit Julia zu reden.“

Darüber hinaus wisse die Öffentlichkeit immer noch nicht, wo Sergej und Julia Skripal waren und was sie taten, nachdem sie am frühen Morgen des 4. März mit angeblich abgeschalteten Handys ihr Haus verlassen und sich Richtung Labor Porton Down begeben hatten.

„Die russischen Staatsbürger Sergej und Julia Skripal werden weiter gewaltsam festgehalten, während die wahren Umstände des Vorfalls vom 4. März unaufgeklärt bleiben“, resümierte die Botschaft.

Der frühere russisch-britische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia, die am 4. März vergangenen Jahres unweit des geheimen Militärlabors Porton Down bewusstlos aufgefunden wurden, waren nach Darstellung der britischen Regierung mit dem tödlichen Giftstoff A234, im Westen unter dem russischen Namen Nowitschok bekannt, vergiftet worden. Ihre schnelle Genesung halten Experten jedoch für überraschend.

Die britische Regierung machte umgehend Russland für das mutmaßliche Attentat verantwortlich. Russland weist diesen Vorwurf von sich und fordert eine unabhängige Aufklärung. Die britische Premierministerin Theresa May ließ 23 russische Diplomaten ausweisen. Aus „Solidarität“ mit London wiesen auch die USA, Deutschland und viele weitere EU-Staaten Dutzenden russischen Diplomaten die Tür.

Als Reaktion wies auch Moskau westliche Diplomaten aus. Anfang September hat die

britische Polizei Bilder von zwei Verdächtigen veröffentlicht. Bei ihnen soll es sich um Mitarbeiter des russischen Militär-Nachrichtendienstes GRU handeln. Am 5. September hat die britische Staatsanwaltschaft gegen Alexander Petrow und Ruslan Boschirow Anklage erhoben. Nach russischen Angaben haben die beiden nie beim GRU gearbeitet.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Wegen angeblicher Terrorpläne: EU beschließt neue Sanktionen gegen Iran**

Die Europäische Union hat laut dem dänischen Außenminister Anders Samuelsen neue Strafmaßnahmen gegen Teheran verhängt. Sie richten sich gegen zwei Iraner und den Geheimdienst des Landes.

Der Grund dafür seien angeblich geplante Terroranschläge auf Exil-Iraner in Frankreich und Dänemark. Die beiden Länder werfen Teheran vor, Oppositionsaktivisten auf europäischem Boden töten zu lassen.

„Ein wichtiger Tag für die europäische Außenpolitik! Die EU hat gerade vereinbart, Sanktionen gegen einen iranischen Geheimdienst für seine Attentate auf europäischem Boden zu erlassen. Das ist ein starkes Signal von der EU, dass wir ein solches Verhalten in Europa nicht akzeptieren“, schrieb Samuelsen am Mittwoch auf Twitter.

Wie die Agentur dpa unter Verweis auf EU-Diplomatenkreise mitteilte, sollten die Sanktionen an diesem Mittwoch in Kraft treten und seien Teil der von den EU-Staaten angenommenen Terrorliste. Die Liste schließt das Einfrieren von Vermögenswerten sowie Einreiseverbote mit ein.

Am 31. Oktober hatte das dänische Außenministerium seinen Botschafter aus Teheran abberufen und die Absicht bekundet, die Verhängung der neuen Sanktionen gegen den Iran durchzusetzen.

Im Juli waren in Belgien zwei Verdächtige wegen eines angeblich geplanten Terroranschlags auf eine Versammlung von 25 000 Exil-Iranern in Frankreich festgenommen worden.

Ende September wurde nach Angaben des dänischen Inlandsgeheimdiensts PET ein Anschlag auf eine Gruppe in Dänemark lebender Iraner vereitelt, die sich für die Unabhängigkeit der iranischen Region rund um die Stadt Ahwas engagierten. Teheran wies die Vorwürfe von Kopenhagen zurück und stufte sie als feindlich ein.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32294/41/322944189.jpg>

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Donezkij und Shelobok**.
Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Weltbank: Russische Wirtschaft wächst – trotz Sanktionen**

Das Wachstum der russischen Wirtschaft hat sich im Jahr 2018 trotz der westlichen Sanktionen beschleunigt. Das geht aus einem von der Weltbank zusammengestellten Bericht über die Perspektiven der Weltwirtschaft hervor.

Demnach soll die Inflation im Land trotz der vom Westen verhängten restriktiven Maßnahmen niedrig und stabil geblieben sein. „Die russische Wirtschaft ist angesichts der steigenden Ölpreise weiter stetig gewachsen. <...> Dank einer stabilen Binnenkonjunktur beschleunigte sich das Wachstum der russischen Wirtschaft im vergangenen Jahr bis auf 1,6 Prozent“, heißt es im Bericht.

Nach Prognosen der Weltbank wird sich das Wachstumstempo der russischen Wirtschaft im Jahr 2019 jedoch um 1,5 Prozent verlangsamen. Das Wachstum werde sich aber in den Jahren 2020 und 2021 wieder beschleunigen und 1,8 Prozent betragen.

Im nächsten Jahr erwartet die Weltbank eine Abschwächung des Wachstums der Weltwirtschaft insgesamt. Dies werde auf die zunehmenden Spannungen in den Handelsbeziehungen sowie auf die strengeren Finanzierungsbedingungen zurückzuführen sein. Zudem würden der Rückgang des internationalen Handels und die nachlassenden Aktivitäten in der verarbeitenden Industrie das Tempo des Wirtschaftswachstums negativ beeinflussen.

Im Oktober 2018 hatte der Chef des russischen Rechnungshofs, Alexej Kudrin, seine Prognose für 2019 bekanntgegeben. Demnach soll das Wirtschaftswachstum in Russland weniger als ein Prozent betragen. Kudrin hatte dies auf die westlichen Sanktionen, die Abwertung des Rubels sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 20 Prozent zurückgeführt.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 08. Januar 3:00 Uhr bis 09. Januar 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Dolomitnoje, Donezk (Trudowskije), Jasnoje, Sachanka**.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 7.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 19.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

Ukrinform.ua: **In der Ukraine innerhalb einer Woche mehr als zweitausend Menschen an Masern erkrankt**

Vom 28. Dezember 2018 bis zum 3. Januar 2019 sind in der Ukraine mehr als 2 000 Menschen an Masern erkrankt; ein Kind ist an Masernkomplikationen gestorben, berichtet das Gesundheitsministerium der Ukraine.

„Vom 28. Dezember 2018 bis zum 3. Januar 2019 sind in der Ukraine bereits 2 305 Menschen an Masern erkrankt, 966 davon sind Erwachsene und 1339 Kinder. Dies belegen die operativen Angaben des Zentrums für öffentliche Gesundheit des Gesundheitsministeriums der Ukraine... Und seit Anfang 2019 ist an den Masernkomplikationen ein Kind gestorben. Das Gesundheitsministerium der Ukraine spricht seinen Angehörigen sein Beileid aus“, so die Meldung.

Den weiteren Angaben zufolge waren 2018 54 481 Menschen (20 204 Erwachsene und 34 277 Kinder) an Masern erkrankt, 16 von ihnen starben an den Folgen der Krankheit.

„Unter den Toten sind diejenigen, die überhaupt keine Impfung oder nicht genügend Impfung hatten. Eine Impfung ist der einzige verlässliche Weg, um sich gegen Masern zu schützen, selbst wenn in Ihrer Region der Ausbruch der Krankheit festgestellt ist“, teilt das Ministerium mit.

Das Gesundheitsministerium betont ferner, dass die Erkrankung am häufigsten in jenen Regionen auftritt, in denen der Umfang der geplanten Impfungen am geringsten ist.

de.sputniknews.com: **Laos gibt Russland 30 T-34-Panzer zurück**

Laos hat Russland 30 Panzer des Typs T-34 zurückgegeben. Dies teilte am Mittwoch das Verteidigungsministerium in Moskau mit.

Die Übergabe erfolgte demnach unentgeltlich im Rahmen der militär-technischen Kooperation der beiden Länder. Die Panzer sollen in einem guten Zustand sein. Bis vor kurzem seien sie im aktiven Dienst der laotischen Armee gewesen.

Die Rückgabe der T-34-Panzer war bei einem Besuch des russischen Verteidigungsministers Sergej Schoigu in Laos im Januar 2017 vereinbart worden.

Die zurückgegebenen Militärfahrzeuge sollen bei Siegesparaden in Russland sowie bei Museumsausstellungen und Dreharbeiten von historischen Filmen über den Zweiten Weltkrieg eingesetzt werden.

Der T-34 ist ein sowjetischer Panzer aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Er war seit 1940 in Serienproduktion: Bis 1946 wurden 58.000 Kriegsfahrzeuge produziert. Doch 70 Jahre später sind sehr wenige einsatzbereite Panzer dieses Typs vorhanden.

Viele Experten, darunter auch deutsche Generäle, bezeichneten den T-34 als einen der besten Panzer des Zweiten Weltkriegs. Die Zeitschrift „Stern“ bezeichnete den T-34 in einem Artikel als „tödliche Überraschung“ für die Wehrmacht.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30224/23/302242397.jpg>

Dan-news.info: „**Vom 29. Dezember 2018 bis 8. Januar 2019 wurden 34 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.** Die Gesamtzahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse betrug 173, was 2,7 Kisten oder 0,14 Tonnen entspricht“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination Ruslan Jakubow mit. In dem genannten Zeitraum wurden vier Mörsergeschosse des Kalibers 120 bzw. 82mm abgefeuert. Infolge von Beschuss wurde ein Haus beschädigt.

ukrinform.ua: **Anti-Ukraine Propaganda: 49 Systemadministratoren zur Verantwortung gezogen**

Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) hat im vorigen Jahr 360 Cyber-Zwischenfälle festgestellt und blockiert.

Dies teilt der SBU-Pressedienst mit.

49 Systemadministratoren wurden wegen der Anti-Ukraine Propaganda zur Verantwortung gezogen, 29 Personen wurden unter Verdacht gestellt und 20 Gerichtsurteile sind rechtskräftig geworden, heißt es.

nachmittags:

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 09.01.2019**

Die Lage an der Kontaktlinie ist sich nicht wesentlich verändert. Der Gegner setzt die systematische Verletzung des „Weihnachts“-waffenstillstands fort. In den letzten 24 Stunden wurden **fünf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** festgestellt, es wurden die Gebiete von fünf Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft des Kriegsverbrechers Drapatyj mit Schusswaffen das Gebiet von **Dolomitnoje** und der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** beschossen.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer der 28. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Martschenko die **Siedlung Trudowskije** im Petrowskij-Bezirk von Donezk mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Außerdem haben die Kämpfer der 128. Gebirgsschützenbrigade, die sich nicht weit vom Passierpunkt „Perlina“ an der Ausfahrt aus Bereosowoje befinden, auf Anweisung ihres Anführers Sobko das Feuer mit Antipanzerhandgranatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren auf **Jasnoje** eröffnet und hatten so vor, eine Erwiderng des Feuers zu provozieren.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Anführerschaft des Kriegsverbrechers Kuratsch mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen **Sachanka** beschossen.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur wurden nicht festgestellt.

Trotz allen provokativen Beschusses von Seiten des Gegners halten die Einheiten der Volksmiliz weiter das Regime der Feuereinstellung streng ein.

Wir haben mitgeteilt, dass die Analyse der eingehenden Informationen von der **Vorbereitung des Kommandos der ukrainischen Besatzungskräfte auf einen militärischen Ausfall** einer Diversions- und Erkundungsgruppe im Gebiet nordöstlich von Awdejewka zeugen. Gestern wurde ein weiterer Fall bemerkt, der unsere Befürchtungen bestätigt.

Im genannten Bezirk hat unsere diensthabende Luftabwehr eine Drohne des Typs „Phantom“

entdeckt und vernichtet. Ich merke an, dass das Kommando der 93. Brigade mit der Nutzung dieser Drohne versucht hat, Aufklärung in einem Gebiet bevorstehender Aktivitäten zu betreiben. Wie ersichtlich ist, nimmt der Gegner nicht von seinen aggressiven Absichten, die zu einem Scheitern der Vereinbarungen über einen Feuereinstellung führen könnten, Abstand. Der weit verbreitete Alkoholismus der ukrainischen Kämpfer wundert schon lange niemanden mehr. Unter den Beschießungen, die ukrainische Kämpfer in betrunkenem Zustand durchgeführt haben, haben mehrfach völlig unschuldige Einwohner der Republik gelitten. In der letzten Zeit hat sich die Zahl der Verbrechen, die von Offizieren der ukrainischen bewaffneten Formationen gegenüber ihren Untergebenen sowohl in der Kampfzone als auch in den ständigen Stationierungspunkten unter Alkoholeinfluss begangen wurden, erhöht. So haben am 4. Januar am Stationierungsort der 1. Panzerbrigade im Oblast Tschernigow vier Offiziere – der stellvertretende Leiter des Stabs des Truppenteils, der Kommandeur und der stellvertretende Kommandeur einer Panzerkompanie sowie der Kommandeur eines Zuges, die eine übermäßige Dosis an Spirituosen zu sich genommen hatten, zwei wehrpflichtige Soldaten moralisch gedemütigt und geschlagen. Da es eine negative Reaktion der Mütter der ukrainischen Wehrpflichtigen fürchtete, entließ das Kommando der 1. Panzerbrigade die genannten Kriminellen rückwirkend und behauptete, dass sie zum Zeitpunkt des Verbrechens bereits den Status von Zivilisten hatten.

de.sputniknews.com: **Schickt Russland seine Truppen nach Afghanistan? – Außenamt klärt auf**

Russland schließt eine mögliche Verlegung seiner Truppen nach Afghanistan aus. Das gab der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow am Mittwoch bekannt.

„Wir sehen keinen Grund, diesen Schritt in Betracht zu ziehen. Wir arbeiten mit der afghanischen Regierung im Sicherheitsbereich zusammen. Diese Kooperation wird ausgebaut, gewinnt an Form und weitet sich auf jene Bereiche aus, die früher im Rahmen dieser Zusammenarbeit nicht zur Sprache gebracht wurden“, kommentierte Rjabkow die Aussage von US-Präsident Donald Trump, wonach Truppen der Nachbarländer – Russlands, Pakistans und Indiens – in Afghanistan präsent sein sollten.

In Afghanistan läuft ein bewaffneter Kampf zwischen den Regierungskräften und der radikalen Taliban-Bewegung, die jüngsten Angaben zufolge etwa 50 Prozent der afghanischen Gebiete kontrolliert. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ gewinnt ebenfalls an Einfluss im Land.

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich geändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **dreimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.

Auf Anweisung des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Majstrenko wurde das Gebiet von **Perwomajsk** mit Schusswaffen beschossen.

Von den Positionen der 10. Gebirgssturmbriade der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Verbrechers Subanitsch die Gebiete von **Donezkij** und **Shelobok** mit 82mm-Mörsern und Antipanzergranatwerfern beschossen.

Die ukrainischen Truppen installieren weiter Minensperren in der Nähe von Ortschaften in den Stationierungsgebieten der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte. So zeigen derzeit Einheiten der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Popasnaja Aktivitäten in dieser Richtung, was das Leben und die Sicherheit der Einwohner der Ortschaft gefährdet.

Bei uns gehen weiter **Mitteilungen über das niedrige Niveau der materiellen Versorgung**

der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte ein, was seinerseits zu tragischen Folgen führt. So wurden neun Soldaten der 54. und drei Soldaten der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aufgrund des nachlässigen Umgangs des kommandierenden Personals mit seinen Untergebenen, schlechten Alltagsbedingungen und einem großen Mangel an Winteruniformen mit schweren Erfrierungen an den Gliedmaßen in das zentrale Stadtkrankenhaus von Lisitschansk eingeliefert.

Die Volksmiliz der LVR hält das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein. Wir sind auf eine friedliche Regelung des Konflikts im Donbass ausgerichtet, aber im Fall einer Verschärfung der Lage behält sich die Volksmiliz der LVR das Recht auf erwidernde Maßnahmen vor.

de.sputniknews.com: **Zeitung: Polen gerät in Abhängigkeit von russischer Kohle**

Die Kohlengruben in Polen haben sich laut der polnischen Tageszeitung DGP (Dziennik/Gazeta Prawna) als untauglich erwiesen, die innere Nachfrage zu decken. Aus diesem Grunde müssen polnische Energieunternehmen russische Rohstoffe nutzen. Den Angaben der Zeitung zufolge wird die russische Kohle bereits nicht nur in der Wärmeenergie-, sondern auch in der Elektroenergiewirtschaft verwendet. Die Kohleimporte nach Polen betragen 18 bis 19 Millionen Tonnen 2018, davon kamen 70 Prozent aus Russland. Wie das Blatt berichtet, könne der Importumfang im laufenden Jahr 20 Millionen Tonnen übersteigen.

Es wird betont, dass die polnischen Kohlenunternehmen die Kohlenförderung nicht dermaßen erhöhen können, dass die Nachfrage der einheimischen Verbraucher gedeckt werden kann, abgesehen von den Investitionen.

Nach Ansicht eines polnischen Experten ist Polen aktuell zur russischen Kohle verdammt, und es wird nicht gelingen, ihren Import angesichts des guten Verhältnisses zwischen Qualität und Preis zu stoppen. Er sehe nur einen Ausweg – wenn die Amerikaner sich bereit erklären würden, die Lieferungen von Kohle und Gas zu erhöhen.

Polen hatte zuvor mehrmals den Wunsch publik gemacht, die Abhängigkeit von dem russischen Brennstoff zu reduzieren. Unter anderem sei Mitte Oktober ein 20-Jahre-Vertrag für die Lieferung von Naturflüssiggas mit dem US-amerikanischen Unternehmen Venture Global LNG und im November mit dem Unternehmen Cheniere unterzeichnet worden.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32353/54/323535499.jpg>

Dan-news.info: Der besondere Stab zur Kontrolle der Überführung der Unternehmen ukrainischer Jurisdiktion unter äußere Leitung der DVR hat im Jahr 2018 Erholung in Sommerlagern und Freizeitmaßnahmen für 1300 Kinder organisiert. Dies teilte die Leiterin

des Stabs Olga Posdnjakowa mit.

„Im letzten Sommer konnten sich 700 Kinder von allen Unternehmen in Sommerlagern erholen und neue Eindrücke sammeln. Außerdem wurden für die Kinder im Vorfeld des Nikolaustags ein Festprogramm und die Überreichung von süßen Geschenken in der Donezker staatlichen akademischen Philharmonie organisiert. Bereits 600 Kinder haben die Vorstellungen gesehen“, sagte Posdnjakowa.

Sie fügte hinzu, dass der Stab in diesem Monat auch Festveranstaltungen für weitere 600 Kinder organisiert hat.

de.sputniknews.com: **Wird mutmaßlicher US-Spion gegen Russin Butina getauscht?**

Kreml antwortet

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat die Idee eines Austausches des unter Spionageverdacht stehenden US-Bürgers Paul Whelan gegen die Russin Maria Butina kommentiert. „In Russland haben wir nie Menschen als Schachfiguren im diplomatischen Spiel benutzt“, erklärte er am Mittwoch gegenüber Journalisten.

„In Russland werden nachrichtendienstliche Tätigkeiten gegenüber jenen geführt, die der Spionageaktivitäten verdächtigt werden, dies wird auf regulärer Grundlage getan“, so Peskow. Er selbst wisse nichts von den Ursachen für die Festnahme von Whelan, sagte der Kreml-Sprecher. Er empfahl den Journalisten, sich der entsprechenden Erklärung der Geheimdienste zu bedienen.

Paul Nicolas Whelan war am 28. Dezember 2018 festgenommen worden. Gegen ihn wurde ein Strafverfahren wegen Spionage eingeleitet. Dem Mann drohen bis zu 20 Jahre Haft. Nach Presseangaben war Whelan im Jahr 2008 aus der US-Marineinfanterie wegen Diebstahl entlassen worden. Er soll seit dem Jahr 2007 Russland-Reisen unternommen haben.

Die russische Bürgerin Maria Butina wird derzeit in einem Gefängnis in den USA festgehalten. Ihr wird vorgeworfen, im Auftrag Moskaus Einfluss auf politische Organisationen in den USA genommen zu haben. Im Dezember zeigte sich Butina teilweise geständig. Der Kreml betrachtet die gegen sie erhobenen Anschuldigungen als unbegründet. Nach Vermutung des russischen Außenministeriums könnte Butina gefoltert worden sein.

Dnr.online.ru: Um Erfrierungen und Todesfälle während der schwierigen Wetterbedingungen zu verhindern, wurden in allen neun Bezirken von Donezk feste Wärmepunkte für die Bevölkerung eingerichtet. Dies teilte die Verwaltung der Hauptstadt der Republik mit.

Die Direktorin des territorialen Zentrums für soziale Dienstleistungen des Woroschilowskij-Bezirks von Donzok Tatjana Schwokun berichtete, dass auf dieser Basis bereits seit langer Zeit ein Wärmezentrum in Betrieb ist. „Der Wärmepunkt bei uns ist täglich außer samstags und sonntags von 8 bis 17 Uhr geöffnet, freitags bis 16 Uhr. Wir weisen niemanden ab, alle Menschen, die sich an uns wenden, werden aufgenommen. Wir stellen ihnen kostenlos Tee und Gebäck zur Verfügung, wir kochen Suppen mit Brot. Zu uns kann man täglich kommen, auch ein und dieselben Menschen. Bei uns im territorialen Zentrum arbeitet eine Krankenschwester, die, wenn es notwendig ist, Erste Hilfe leisten kann. Wenn jemand schwer unterkühlt ist, rufen wir ihm den Krankenwagen“, berichtete sie.

Die Verwaltung des Woroschilowskij-Bezirks teilte weiter mit, dass bei Notwendigkeit (Temperaturen unter -10 Grad) gemeinsam mit dem Zivilschutzministerium die Eröffnung weiterer Wärmepunkte geplant ist. (Es folgen die Adressen der Wärmepunkte in allen Bezirken).

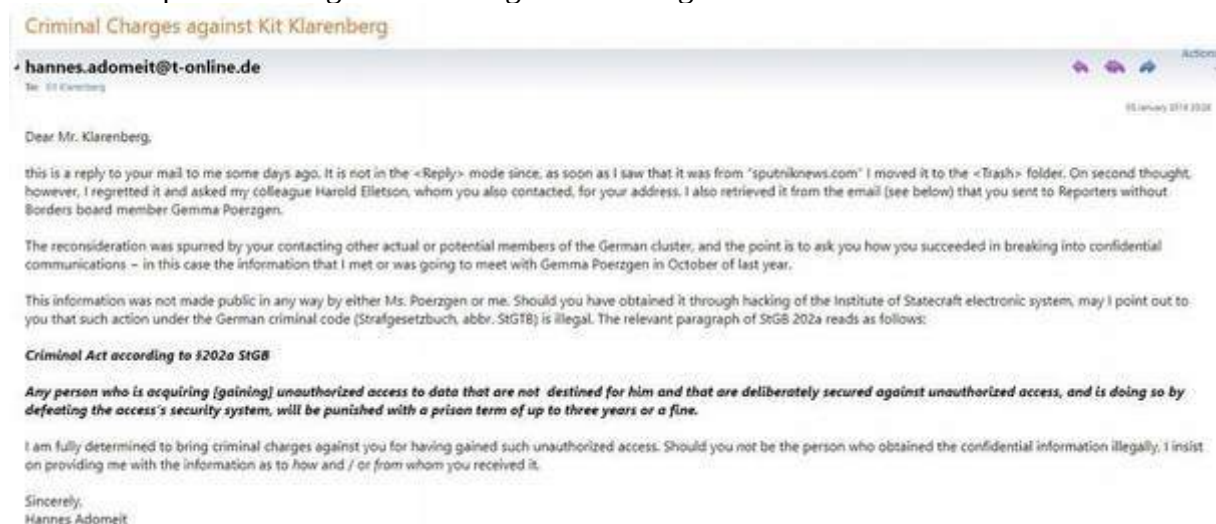
de.sputniknews.com: **„Integrity Initiative“ – Kopf der deutschen Zelle meldet sich zu Wort**

Armin Siebert

Auch an Tag Fünf nach den Leaks zum britischen antirussischen Geheimprogramm „Integrity Initiative“ herrscht in den deutschen Leitmedien dazu Schweigen im Walde. Dabei wird gerade eine deutsche Zelle mit namhaften Journalisten aufgebaut. Eine davon hat sich nun geäußert. Und auch der Kopf der Zelle hat sich zu einer Reaktion hinreißen lassen. Der Politologe Hannes Adomeit ist Kopf der deutschen Zelle des britischen Thinktank-Programms „Integrity Initiative“, dessen Aufgabe es sein soll, antirussische Kräfte in Medien und Expertenkreisen zu bündeln. Die Hackergruppe Anonymous hatte am 4. Januar einen Scan von Geheimdokumenten des britischen Datenprojekts „Integrity Initiative“ veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass im EU-Raum eine eigene Einheit für Desinformation tätig ist. Es handelt sich bei dem Leak um mehrere Dutzend Dokumente zur Tätigkeit dieser Geheiminitiative in Großbritannien und vielen anderen Ländern. Später wurde auch ein Zwischenbericht zur Bildung einer Deutschen Zelle („German Cluster“) der Initiative geleakt, der im deutschsprachigen Raum erstmals am 7. Januar von der Website „Nachdenkseiten“ analysiert wurde.

„Ich bin fest entschlossen, Rechtsschritte gegen Sie einzuleiten“

In den britischen Medien war Kit Klarenberg von Sputnik International der Erste, der den deutschen Zwischenbericht thematisierte. Klarenberg schrieb Adomeit und einige der in dem Zwischenbericht erwähnten Journalisten an und bat um Stellungnahmen. Adomeit schien sich seiner Sache so sicher zu sein, dass er sich zu einer Antwort hinreißen ließ. Er drohte unserem britischen Sputnik-Kollegen mit Anzeige und Gefängnis.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32353/44/323534423.jpg>

„Sehr geehrter Herr Klarenberg,

Ich antworte Ihnen auf Ihre Email, die Sie mir vor einigen Tagen geschrieben haben. Als ich sah, dass die Email von „sputniknews.com“ kommt, habe ich sie direkt gelöscht. Dann habe ich es mir jedoch anders überlegt und meinen Kollegen Harold Elletson, den Sie auch kontaktiert haben, um Ihre Email-Adresse gebeten. Diese habe ich dann außerdem bekommen von der Mail, die Sie an das Vorstandsmitglied von ‚Reporter ohne Grenzen‘ Gemma Pörzgen geschickt haben.

Mein Umdenken, Ihnen doch zu antworten, wurde dadurch ausgelöst, dass Sie weitere tatsächliche oder potentielle Mitglieder der Deutschen Zelle kontaktiert haben. Darum frage ich Sie, wie es Ihnen gelungen ist, in vertrauliche Kommunikationen einzudringen, so dass Sie in diesem Fall wissen konnten, dass ich mich im Oktober 2018 mit Gemma Pörzgen getroffen habe beziehungsweise vorhatte, sie zu treffen.

Diese Information wurde weder von mir, noch von Frau Pörzgen öffentlich gemacht. Sollten Sie das elektronische System des ‚Institute of Statecraft‘ gehackt haben, weise ich Sie darauf hin, dass dies nach dem deutschen Strafgesetzbuch illegal ist. In dem entsprechenden Paragraphen des StGB 202a heißt es:

Wer unbefugt sich oder einem anderen Zugang zu Daten, die nicht für ihn bestimmt und die gegen unberechtigten Zugang besonders gesichert sind, unter Überwindung der Zugangssicherung verschafft, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Ich bin fest entschlossen, entsprechende Rechtsschritte gegen Sie einzuleiten dafür, dass Sie sich hier unrechtmäßig Zugang verschafft haben. Sollten Sie nicht derjenige sein, der sich diese vertraulichen Informationen illegal beschafft hat, dann bestehe ich darauf, dass Sie mir mitteilen, wie und/oder von wem Sie diese Informationen erhalten haben.

*Hochachtungsvoll,
Hannes Adomeit“*

Der Schuss ging nach hinten los

Mit dieser Email beging Adomeit gleich mehrere Fehler:

- Er gestand quasi ein, dass sein geleakter Zwischenbericht authentisch ist und dass sich eine entsprechende Deutsche Zelle im Aufbau befindet.
- Die von Klarenberg kontaktierten, in dem Zwischenbericht erwähnten Journalisten und Experten sind „tatsächliche oder potentielle Mitglieder der Deutschen Zelle“.
- Adomeit hat sich „im Oktober 2018 mit Gemma Pörzgen getroffen“ beziehungsweise hatte vor, „sie zu treffen.“
- Harold Elletson ist Adomeits Kollege beim „Institute for Statecraft“ (IfS). Elletson ist ein ehemaliger (?) britischer Geheimdienstmitarbeiter.

Offensichtlich wusste Adomeit zum Zeitpunkt seiner Antwort an Klarenberg am 5. Januar noch nichts von den von Anonymous am Vortag geleakten Dokumenten, verdächtigte darum den Journalisten des Datenhacks und drohte ihm entsprechend mit rechtlichen Konsequenzen. Da unser Kollege lediglich aus den von den anonymen Hackern veröffentlichten Dokumenten zitiert, hat er jedoch rechtlich nichts zu befürchten.

Die erste Absage

Gemma Pörzgen von „Reporter ohne Grenzen“ hat sich inzwischen empört bei Sputnik gemeldet, wie wir denn schreiben könnten, dass sie „dort mitmache“. Sie bezieht sich auf den Sputnik-Artikel vom 7. Januar, in dem wir den Zwischenbericht zur deutschen Zelle analysieren. Dort haben wir jedoch lediglich korrekt aus dem Bericht von Adomeit zitiert, dass er unter anderem Gemma Pörzgen „bereits kontaktiert, aber zum Zeitpunkt des Berichtes - 3. Oktober 2018 - noch nicht persönlich getroffen hat.“ Dies hat Pörzgen nun auch gegenüber Sputnik bestätigt. Auch zu dem Treffen mit Adomeit sei es inzwischen gekommen. Allerdings hat die renommierte Journalistin dem Werber einen Korb gegeben.

Pörzgen äußerte sich gegenüber Sputnik:

„Hannes Adomeit, den ich über unsere Beschäftigung mit Russland kenne, hat mich angesprochen, ob ich bei der Integrity Initiative mitwirken möchte. Ich habe ihm sofort abgesagt. Als Journalistin habe ich kein Interesse daran, mich für undurchsichtige Netzwerke einspannen zu lassen, die eine Rhetorik des Kalten Krieges pflegen. Das liegt mir politisch und biographisch völlig fern.“

Damit ist der Ehre von Frau Pörzgen genüge getan. Dies ändert jedoch nichts an dem Fakt, dass aktiv Mitglieder für eine Deutsche Zelle für antirussische Propaganda rekrutiert werden.

Also was ist hier eigentlich der Skandal?

Im Anschluss an Euro-Maidan und Krim-Krise und der damit einhergehenden Verschärfung des Konfliktes zwischen dem Westen und Russland wurde 2015 vom Institute of Statecraft (IfS), einer von britischen Geheimdienstlern gegründeten Stiftung, das „Integrity Initiative“-Programm ins Leben gerufen. Finanziert wird die Initiative unter anderem vom britischen Außenministerium, der Nato und dem US-Außenministerium. Ziel sei es, einerseits „prorussische“ Standpunkte und Informationen zu sabotieren und andererseits anti-russische Kampagnen zu fördern und zu starten. Dafür sollen in ganz Europa und darüber hinaus sogenannte „Cluster“, also regionale Zellen, aufgebaut werden. Für die Deutsche Zelle ist

beim IfS Harold Elletson verantwortlich. Er soll früher Agent des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 in Osteuropa und auf dem Balkan gewesen sein. Elletson wählt den Politologen Hannes Adomeit als Kopf der Deutschen Zelle aus. Adomeit ist seit seiner Promotion an einer US-amerikanischen Universität in den 1970er Jahren Experte für die Sowjetunion und später Russland. Aktuell ist Adomeit leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sicherheitspolitik der Universität Kiel (ISPK), einem unter anderem vom Bundesverteidigungsministerium mitfinanzierten deutschen Thinktank.

In dem geleakten Zwischenbericht zum Aufbau der Deutschen Zelle, den Adomeit am 3. Oktober 2018 an seinen Führungsoffizier Elletson in London schickt, bestätigt er, dass er im Juni 2018 bei einem zweitägigen Treffen im Institute for Statecraft in London in seine Arbeit als Leiter des zukünftigen „German Cluster“ der „Integrity Initiative“ eingewiesen wurde. Die Auswahl und Rekrutierung weiterer Mitglieder der Zelle wurde anscheinend weitestgehend ihm und seiner Expertise überlassen. In dem Zwischenbericht führt Adomeit detailliert auf, wen er für die Zelle rekrutieren möchte, wann er diese Personen kontaktiert hat und wen von den Kandidaten er bereits zu einem persönlichen Gespräch dazu getroffen hat. Das Spektrum der ausgewählten Russlandexperten reicht von der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Marieluise Beck über die Russlandexpertin Margarete Klein von der staatlichen Stiftung Wissenschaft und Politik bis hin zu der Journalistin Claudia von Salzen vom Tagesspiegel.

Unklar ist bisher weitestgehend, wer von den kontaktierten Experten und Journalisten eine Mitarbeit zugesagt hat. Bekannt ist bisher lediglich, dass Gemma Pörzen von „Reporter ohne Grenzen“ eine Zusammenarbeit abgelehnt hat.

Sputnik hat die in Adomeits Bericht als potentielle Mitarbeiter aufgeführte Personen um eine Stellungnahme gebeten. Die Antworten werden wir nach Erhalt gesammelt veröffentlichen. Bis dahin gilt natürlich Unschuldsvermutung.

Es ist ein Skandal – über den keiner schreibt

Also noch einmal die Frage: Was ist der Skandal an der ganzen Sache?

Der Skandal ist also, dass ein offensichtlich mit dem britischen Geheimdienst verbandelter Thinktank versucht, in einem fremden Land (Deutschland) einflussreiche Persönlichkeiten dafür zu gewinnen, als Experten, Journalisten oder Meinungsmacher ein möglichst negatives Russlandbild zu zeichnen, um damit der angeblichen russischen Propaganda etwas entgegen zu setzen.

Wie immer in solchen Fällen, lohnt es sich, die Perspektive zu wechseln und sich vorzustellen, was passieren würde, wenn eine russische Organisation entsprechend konspirativ in einem westlichen Land vorgehen würde, um Wortführer zur Stimmungsmache gegen ein drittes Land zu gewinnen. Es ist sicher nicht übertrieben zu vermuten, dass dies zumindest zu einer ausführlichen medienübergreifenden Berichterstattung führen würde und dass die „Rekruten“ entsprechend geächtet werden würden. Selbst politische Konsequenzen bis hin zur Ausweisung von Diplomaten sind nicht auszuschließen.

Da es sich hier jedoch lediglich darum handelt, dass Verteidiger der Demokratie Gleichgesinnte um sich scharen, um die Angriffe der bösen Russen abzuwehren, sind keine Konsequenzen zu befürchten. Auch wird bisher konsequent in keinem deutschen Leitmedium über diesen Leak berichtet, um gar nicht erst Fragen zum demokratischen Verständnis, zum Berufsethos von Journalisten und Wissenschaftlern oder zu westlicher Propaganda, die es einfach nicht geben darf, aufkommen zu lassen.

Der Politikwissenschaftler Prof. Peter W. Schulze von der Universität Göttingen, der offensichtlich von Adomeit eher zu den pro-russischen Osteuropa-Experten gezählt wird und von ihm in seinem Zwischenbericht als „heimtückisch“ bezeichnet wird, äußert sich auf seiner Facebook-Seite empört über die Dimension dieser Initiative:

„Sputnik ist u.a. das einzige publizistische Organ, dass diesen ungeheuerlichen Vorgang der

ideologischen und propagandistischen Formation von Plattformen und Zellen zur Beeinflussung von Medien, Politik und Öffentlichkeit aufgegriffen und öffentlich gemacht hat. Im Fokus dieser anrollenden Kampagne stehen EU-Staaten und der Schwerpunkt liegt besonders auf Deutschland. Diese Kampagne hat ihre langfristige Beständigkeit seit dem Ende der ersten Dekade des neuen Millenniums und soll die verbliebenen pragmatischen und an moderate, interessengeleitete Zusammenarbeit mit Russland interessierten Kreise in Deutschland schwächen, und obendrein das Russlandbild weiter verteufeln. Ob hier ein Zusammenhang mit der abnehmenden Bereitschaft in deutschen Politikkreisen an der beinharten Anti-Russlandpolitik des US-Kongresses besteht, aber auch an Ängsten, dass sich Deutschland im Kontext einer stärker pointierten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik von den USA abwenden - nicht die Beziehung aufkündigen- könnte, ist ebenfalls zu vermuten. Gänzlich erbärmlich jedoch scheint mir, das wissenschaftliche Institutionen sich einer solchen Kampagne andienen, die eindeutig von britischen Geheimdienst geführt wird.“ Dabei hat die Aufarbeitung der von Anonymous bereitgestellten Dokumente gerade erst begonnen. Es sollte im Interesse der Öffentlichkeit und möglicherweise auch im Interesse der Politik sein, über diese Dinge zu informieren, zumal die Dokumente auch Verbindungen zwischen dem IfS und der Vergiftung des Doppelagenten Sergej Skripal in Großbritannien andeuten. Doch das, worüber die Leitmedien nicht berichten, das sind bekanntlich nur Verschwörungstheorien.

Dan-news.info: „Täglich werden nach den operativen Berichten aus den Städten und Bezirken der Republik mehr als 6000 km Straßen, etwa 3000 Quadratkilometer Bürgersteige und etwa genauso viel Territorium um Häuser von Schnee geräumt. Zum Stand um 8 Uhr heute wurden für die Räumung 5939 Personen herangezogen und 316 Stück Spezialtechnik eingesetzt“, teilte der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew mit.

Zurzeit sind alle grundlegenden Kräfte der Kommunen bei der Beseitigung der Folgen des nicht endenden Schneefalls eingesetzt. Es wurde weiter mitgeteilt, dass vom 4. bis 8. Januar 2019 in der Republik insgesamt für die Schneeräumen 11.000 Mitarbeiter des kommunalen Bereichs und 360 Stück Spezialtechnik eingesetzt waren.

„In erster Linie wird den wichtigsten Infrastrukturobjekten Aufmerksamkeit gewidmet – der Räumung der zentralen Straßen, Plätze, Zugänge zu Lebenserhaltungsobjekten“, unterstrich Kishajew.

Wir merken an, dass seit dem 4. Januar in der DVR starke Schneefälle zu beobachten sind, auf den Straßen gibt es Schneeverwehungen. Der Verkehr ist durch das Wetter auf 15 Straßen der Republik zeitweilig eingeschränkt.

Vom 10. bis 12. Januar sind Stürme und weitere Schneefälle zu erwarten.

de.sputniknews.com: **Maas‘ Aufruf an Russland: Ein Schritt in Richtung von Hawkings Weltende-Prophezeiung?**

Nesawissimaja Gaset

Der deutsche Außenminister Heiko Maas hat sich in der Zeitung „Die Welt“ zu den Perspektiven des russisch-amerikanischen INF-Vertrags geäußert. Dieses Dokument hatten der damalige UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow und sein US-Amtskollege Ronald Reagan Ende 1987 unterzeichnet.

Der INF-Vertrag ist unbefristet, aber im vorigen Jahr hatte Washington den Austritt angekündigt, weil Moskau ihn angeblich verletze. Mehr noch: Die Amerikaner drohten mit neuen Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Sollte der Vertrag nicht sofort gerettet werden, werden ihn die USA tatsächlich aufkündigen, schreibt die russische Zeitung „Nesawissimaja Gaset“.

Angesichts dessen seien die Sorgen des deutschen Außenamtschefs einerseits

nachvollziehbar: Schon Anfang Februar könnte der INF-Vertrag aufgelöst werden, und das würde eine Kettenreaktion hervorrufen, die schlimme Folgen für das ganze System der Atomwaffenkontrolle hätte. Denn bald darauf könnte US-Präsident Donald Trump auch den so genannten New START-Vertrag auflösen, den 2010 sein Vorgänger Barack Obama und der damalige russische Präsident Dmitri Medwedew abgeschlossen hatten. Das Abkommen trat 2011 in Kraft, ist für zehn Jahre bestimmt und könnte um weitere fünf Jahre verlängert werden.

Diverse russische und internationale Experten warnen, so die Zeitung, dass dies auch zur Auflösung des Atomwaffensperrvertrags von 1968 und möglicherweise des Atomwaffenteststopp-Vertrags von 1996 führen könnte. Unter diesen Bedingungen könnte in der Welt ein neues nukleares Wettrüsten beginnen, wobei auch ein multilateraler Cyberkrieg hinzukäme. „Damit könnte im Grunde die Vorhersage des im vorigen Jahr verstorbenen britischen Astrophysikers Stephen Hawking in Erfüllung gehen, der warnte, dass ein Atomkrieg die gesamte Menschheit vernichten könnte.“

Für Europa würde in dieser Situation die Gefahr der totalen Vernichtung entstehen, denn US-amerikanische Mittelstreckenraketen könnten jetzt nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Osteuropa stationiert werden: in Rumänien, den baltischen Ländern und Polen. Von dort aus könnten sie das russische Territorium bis zum Uralgebirge binnen weniger Minuten treffen. Man sollte auch nicht vergessen, dass Russland den USA Testeinsätze ihres europäischen Raketenabwehrsystems als Zielscheibe für Raketen vorwarf, die ballistischen Mittelstreckenraketen ähnlich sind. Für eine Verletzung des INF-Vertrags hält man in Moskau auch die Entwicklung von US-amerikanischen Drohnen der Typen Predator und Reaper, deren Flugweite 500 Kilometer übertrifft.

Russlands wichtigster Einwand gegen die USA besteht darin, dass in Rumänien 2016 Startanlagen stationiert wurden, die auf US-Schiffen aufgestellt sind und nicht nur Abfangraketen des Typs Standard-3, sondern auch Tomahawk-Marschflugkörper abfeuern können, deren Reichweite 2500 Kilometer beträgt. Solche Startanlagen könnten demnächst voraussichtlich auch in Polen stationiert werden. Damit verwandeln sich seegestützte Marschflugkörper, die vom INF-Vertrag unberührt bleiben, in bodengestützte Marschflugkörper, die durch das Abkommen von 1987 verboten sind. Diese Position brachte Russland 2017 zum Ausdruck. Die Europäer reagierten nicht darauf.

Dafür unterstützte Maas die Amerikaner und behauptete, Russland würde seine Raketen testen und die Absicht verfolgen, bodengestützte Marschflugkörper 9M279 als Teil der „Iskander“-Komplexe aufzustellen, wobei ihre Reichweite nach Einschätzung der Amerikaner 500 Kilometer übertrifft, was wiederum im Sinne des INF-Vertrags verboten wäre.

Die USA hatten zuvor Russland beschuldigt, ballistische Interkontinentalraketen „Rubesch-2“ getestet zu haben, die angeblich bereits als Mittelstreckenraketen aufgestellt worden wären.

„Es stellt sich die Frage, wie sich ein Ausweg aus dem immer größer werdenden Misstrauen zwischen Moskau und Washington finden ließe, so dass ein Wettrüsten verhindert werden könnte, das vor allem für Europa gefährlich wäre. Es müssten unabhängige Experten her, die zusätzliche Verfahren zur Verifizierung des INF-Vertrags erarbeiten könnten“, so das Blatt.

Das wäre ein wichtiger Schritt zur Wiederbelebung der einst gerade für solche Zwecke gebildeten Kommission, die den entsprechenden Kontrollmechanismus der raschen Entwicklung der Kriegstechnik anpassen würde, die vor 30 Jahren kaum vorstellbar war.

„Aber in Maas' Interview für „Die Welt“ lassen sich keine solchen Vorschläge finden, die jedem vernünftigen Menschen eigentlich selbstverständlich erscheinen. Der deutsche Chefdiplomat zog es vor, zu sagen: „Der Schlüssel, um den INF-Vertrag zu bewahren, liegt in Moskau“, das nach seinen Worten den INF-Vertrag verletzt hätte und abrüsten sollte. Aber warum tut Maas so etwas? Haben seine Worte etwa zu bedeuten, dass die deutsche Diplomatie kaum noch hochqualifizierte Kräfte hat, die sich mit den Einzelheiten des INF-Vertrags auseinandersetzen können? Oder redet er das Problem absichtlich klein, um der

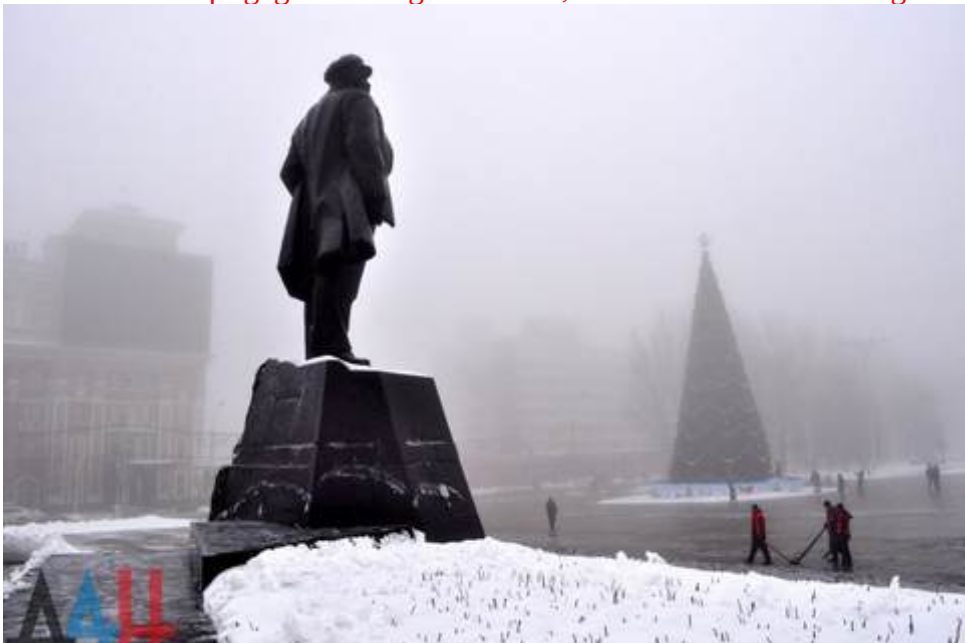
transatlantischen Partnerschaft die Aufgabe leichter zu machen? Denn es liegt doch auf der Hand, dass die pessimistische Prognose Stephen Hawkings durchaus Realität werden könnte, falls man sich mit dem Problem nicht sofort befasst“, schließt die „Nesawissimaja Gaseta“.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32353/54/323535413.jpg>

Dnr-online.ru: Die kommunalen Dienste des frontnahen Gorlowka sind vollständig in den Kampf gegen die Schneurgewalten eingetreten. Außerdem haben sich ihnen Unternehmen der Stadt sowie Unternehmer und nicht gleichgültige Bürger angeschlossen. Dies teilte heute die Stadtverwaltung von Gorlowka mit.

„Insgesamt sind bei der Schneeräumung, der Reinigung der Bürgersteige und der Zufahrten 264 Personen aus den kommunalen Diensten der Stadt im Einsatz, es werden 9 Stück Technik des kommunalen Unternehmens „Prostor“ und zusätzlich acht Stück Technik, die von Unternehmen der Stadt zur Verfügung gestellt wurden, eingesetzt. Daneben haben 538 Unternehmer, die ihre Tätigkeit in den Bezirken Kalininskij, Nikitowskij und im zentralstädtischen Bezirk von Gorlowka betreiben, die Räumung der anliegenden Territorien sowie von Haltestellenhäuschen und Orten, an denen sich eine große Zahl von Menschen konzentriert, übernommen. Die Arbeiten werden keine Minute eingestellt, die Gorlowker setzen den Kampf gegen die Urgewalt fort“, teilte die Stadtverwaltung mit.



<https://dan-news.info/wp-content/uploads/2016/01/%D0%9B%D0%B5%D0%BD>

[%D0%B8%D0%BD-1024x680.jpg](#)

ukrinform.ua: **EU-Außenminister und neuer OSZE-Chef besuchen Donbass**

Die Außenminister vieler EU-Länder und der neue Chef der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Chef des Außenministeriums der Slowakei, Miroslav Lajcak, besuchen nächste Woche den Donbass, erklärte heute auf einem Briefing der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin.

„Viele Minister (Außenminister - Red.), unsere Freunde, besuchen nächste Woche Mariupol. Der neue Leiter der OSZE, Herr Lajcak wird ebenfalls den Donbass besuchen“, sagte Klimkin.

Er bemerkte, dass der Aufenthaltsort der europäischen Politiker aus Sicherheitsgründen nicht bekanntgegeben wird.

wpered.su: **Die KPRF hat 150.000 Geschenke in den Donbass geschickt**

Am 9. Januar sprach bei der Plenarsitzung der Staatsduma der Vorsitzende des ZK der KPRF, der Vorsitzende der KPRF-Fraktion in der Staatsduma, Gennadij Sjuganow. Dies teilt der Pressedienst der KPRF mit.

„Wir haben allein zum Neuen Jahr 150.000 Geschenke in den Donbass geschickt. Wladimir Iwanowitsch Kaschin hat den 76. humanitären Konvoi dort hingeschickt und Nikolaj Wasiljewitsch Kolomejzew ist selbst in den Donbass gefahren und hat aus der Oblast Rostow 48.000 Geschenke dorthin gebracht. Wir bestehen weiter darauf, dass die Donezker und die Lugansker Republik anerkannt werden“, sagte er.